

Montag, den 5.3.2018

Volksinitiative wirft Senat vor, Einigung nicht umzusetzen

Neuer Streit zwischen der Volksinitiative „Gute Inklusion“ und der Schulbehörde: Die Initiative wirft Schulsenator Ties Rabe (SPD) vor, die im Dezember erzielte Einigung zwischen der Bürgerschaft und der Initiative nicht richtig umzusetzen.

Wichtigster Punkt: Die zusätzlichen Lehrerstellen, die das Parlament beschlossen hatte, sollen angeblich nicht bereits zum nächsten Schuljahr, wie vereinbart, sondern erst ein Jahr später den Schulen zugutekommen. „Das teilte ein Vertreter der Schulbehörde den Schulleitungen der Stadtteilschulen auf einer Dienstversammlung am 23. Februar mit“, heißt es in einer Pressemitteilung der Initiative.

„Der Senat setzt die Vereinbarung exakt und ohne Abstriche um. Leider stellt die Initiative jetzt neue Forderungen, die ausdrücklich nicht vereinbart wurden“, sagte Peter Albrecht, Sprecher der Schulbehörde, und spielte damit auf Nachbesserungen zur Barrierefreiheit an einer Bergedorfer Schule an. pum